

KGW's Rundschreiben



Wir sprechen mit unserer monatlichen Information Themen in Kurzform an, die unserer Meinung nach zu diskutieren oder zu kritisieren sind und gleichzeitig versuchen wir, den Leser zur Überlegung anzuregen. Für den Edelstahl-Einkäufer soll es eine Hilfe bei seiner täglichen Arbeit sein.

Deutschland, Europa und die Welt

Kanzler **Olaf Scholz** wurde von Redakteuren der Wirtschaftswoche interviewt und das komplette Interview erschien in der Ausgabe Nr. 40 vom 29.09.2023. Seine Antworten sind Beweis, dass er in einer Traumwelt lebt. Es ist Phantasie, wie er sich zu rechtfertigen versucht. Alles in Deutschland ist teurer geworden oder wird teurer – aber seine Ausreden bleiben billig. Er hat ein latentes Verlangen, sich zu rechtfertigen, es sei denn, er ist in einem Zustand, sich nicht erinnern zu können (CumEx). Ein arabisches Sprichwort sagt:

*Wenn Du wirklich etwas willst, findest Du auch einen Weg!
Willst Du es nicht wirklich, findest Du eine Ausrede.*

Mit phantasievoller Rhetorik versucht er, sich zu rechtfertigen, sein Selbstbild ins rechte Licht zu rücken, so zu erscheinen, wie er gerne sein und wahrgenommen werden möchte. Sein Bild als deutscher Bundeskanzler:

Wer nicht tanzen kann, schiebt die Schuld auf die Unebenheit des Bodens.

Er macht sich etwas vor, akzeptiert die Realität nicht; kurz, er lügt sich etwas in die eigene Tasche. Während einer Generaldebatte im Bundestag wandte sich der Abgeordnete Tino Chrupalla (AfD) zu den Ampel-Abgeordneten und sagte: Vor der Wende haben die DDR-Politiker versucht, ihre Lügen zu kaschieren. Diese Mühe machen Sie sich noch nicht einmal!

Olaf Scholz war 2018, als das Gericht in Karlsruhe die **Grundsteuer** für verfassungswidrig erklärte, Bundesfinanzminister. Es war Wahljahr und es beflügelte ihn zu der Aussage: „Ich versichere Ihnen, dass es nicht zu höheren Steueraufkommen kommen wird“. Als Fachminister hätte er wissen müssen, dass in Deutschland jede einzelne Kommune durch den Hebesatz über die Höhe der Grundsteuer bestimmt. Experten testierten ihm schon seinerzeit, dass seine Aussage völliger Blödsinn ist. Wie EY¹ ermittelte, wurden die Hebesätze bundesweit um 12,5% angehoben; Trend aufwärts. Um „Aufkommensneutralität“ zu erreichen, müssten die Hebesätze für die 36 Mio. Immobilien- und Grundstückseigentümer gesenkt, aber nicht angehoben werden. Die Endabrechnung soll 2025 kommen. Die ersten Bescheide wurden bereits erlassen. Um keine böse, teure Überraschung zu erleben, sollte man sofort Einspruch einlegen, obwohl die Steuerlast noch nicht fällig ist. Bundesweit liegen bei den Finanzämtern knapp 5 Mio. Einsprüche vor. Damit werden nicht nur Steuerberater, sondern auch Betriebsprüfer und Steuerfahnder beschäftigt. Dem Staat

¹ Ernst & Young ist ein unter dem Kürzel EY global operierendes Netzwerk rechtlich selbstständiger und unabhängiger Unternehmen in den Bereichen Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Transaktionsberatung, Risk Advisory, Financial Advisory sowie Unternehmens- bzw. Managementberatung und klassische Rechtsberatung. (Quelle: Wikipedia)

entgehen dadurch Millionen an Euro, weil die nicht ihrer gewöhnlichen Tätigkeit nachgehen können, sondern die Einsprüche zu bearbeiten haben. Mangelhafte Digitalisierung trägt dazu bei, dass sich in absehbarer Zeit diese Situation nicht verbessert und Olaf Scholz's Reformversprechen der Grundsteuer glatter Wortbruch war.

Zu den viel diskutierten Themen im Augenblick in Deutschland zählt die Migration. Laut einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 20.04.2023 lebten 2022 20,2 Mio. Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte in Deutschland. Genaue Zahlen gibt es nicht, denn das Thema ist sehr nebulös. Der Mikrozensus ist die derzeit einzige verfügbare amtliche Datenquelle zur Bevölkerung mit **Einwanderungsgeschichte** bzw. **Migrationshintergrund**. Weitere Daten sind in der Datenbank GENESIS-Online verfügbar. In diesem Jahr sind die Flüchtlingsströme stark angestiegen; namentlich auch von Personen, die sich zunächst in einem EU-Staat² aufgehalten haben, später aber dann nach Deutschland übersiedelten, weil sie sich hier bessere Sozialleistungen versprechen. Als Beispiel führen wir ein Interview im SWR³ am 29.09.2023 mit dem Landrat Joachim Walter (CDU) des Kreises Tübingen an. Er führte aus, dass eine vierköpfige Familie (Vater, Mutter und 2 Kinder) nach ihrer Flucht aus der Ukraine im Landkreis Tübingen (in anderen deutschen Bundesländern ist es wahrscheinlich ähnlich) Untergrenze 3.200,00 € plus weitere Sozialleistungen erwarten können. Damit legt man sich in eine soziale Hängematte. Viele Menschen gehen den Weg des geringsten Widerstandes und deshalb ist es bei dieser Zahlung nicht verwunderlich, dass kein Interesse an einer Arbeitsaufnahme besteht. In der Vergangenheit wurde versucht, über „Flüchtlingsdeals“ (z.B. 2016 EU mit der Türkei), Migrationsströme zu steuern. Kommt man allerdings mit einer solchen Migrationspolitik an autokratische Regierungen, wäre man mit weiteren Migrationsbewegungen erpressbar. Wir zitieren die Westfalenpost aus dem HSK (Hochsauerlandkreis), die am 4. dieses Monats darüber berichtete, dass trotz des Bigamie-Verbots der Bundesregierung Zweitfrauen bereits hier ansässiger Migranten (z.B. Afghanistan) mit zahlreichen Kindern nach Deutschland geholt wurden. Wahrscheinlich leben in jedem deutschen Bundesland Personen mit einem solchen Hintergrund. Neben den Kostenbelastungen gibt es ein weiteres rechtliches Problem; ist eines der Kinder in Deutschland geboren, kann es keine deutsche Geburtsurkunde bekommen, weil die „Ehe“ der Eltern nicht in der Bundesrepublik anerkannt wird. Es versteht sich von selbst, dass die Kommunen die Belastungen (nicht nur finanziell) ohne Geld vom Bund nicht stemmen können. Mit einer funktionierenden Verwaltung, mehr Schulen, funktionierender Digitalisierung käme man vielleicht aus dem Teufelskreis Migration heraus. Dass man mit einem solchen Gießkannen-Sozialismus in Deutschland sozialen Unfrieden schürt, versteht sich von selbst. Bei einer überschüssigen Belastung der Kassen kommt auch ein Sozialstaat wie Deutschland irgendwann mal an seine Grenzen. Mit Recht sagte Altbundespräsident Joachim Gauck: Unsere Herzen sind groß, aber die Mittel sind begrenzt. Wenn man das **Asylrecht** schützen will, sollte man von den Regeln der Dänen lernen: Grenzkontrollen und Rückweisungen für irregulär Eingereiste. Warten aufs Asyl außerhalb der EU. Schnelle Verfahren bei eingeschränkter Freiheit. Wenig Familiennachzug und strenge Tests fürs Dableiben. Überprüfung der Kitapolitik ab einem Jahr in Vierteln mit hohem Migrationsanteil. Ausweisung bei Strafdelikten.

Die starke Zuwanderung unterschiedlicher Nationalitäten hat Deutschland auf ca. 85 Mio. Einwohner anwachsen lassen. Dieses weltweit kleine Land will unsere politische Führungsriege als

² Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Venezuela, Ukraine und andere mehr.

³ Interview im regionalen Fernsehen

Vorreiter beim **Klimaschutz** aufstellen. Laut Hans-Werner Sinn⁴ richten wir damit aber nicht nur ökonomischen Schaden an, sondern das ganze läuft ins Leere, weil andere Länder weltweit nicht bereit sind, Emissionen zu senken. Das Pariser Klimaschutzabkommen ist nicht verbindlich, sondern verlangt von den Staaten nur Zusagen, die allerdings regelmäßig nicht eingehalten werden. Man muss den Grenzverlauf der Klimaschonung erkennen, ohne wirtschaftlichen Schaden anzurichten. Seit 20 Jahren benutzt die Bundesrepublik den **Strompreis**, um damit auch klimapolitische Vorhaben zu finanzieren. Bis Mitte 2022 beinhaltete nach dem EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) die Stromabrechnung Kosten für den Ausbau erneuerbarer Energien. Die EU ersetzte die EEG-Umlage durch Netzentgelte. Der komplette Umbau der Netze kostet in den nächsten 20 Jahren einen dreistelligen Milliardenbetrag. Umgelegt findet jeder Verbraucher den auf seiner Stromrechnung plus Stromsteuer plus Mehrwertsteuer. Die Kosten für den Kauf von Emissionszertifikaten schlagen Gaskraftwerke und Kohlebetreiber auf den Strompreis auf. Der Atom- und Kohleausstieg verknappt das Gut Strom. Betriebswirtschaftlicher Grundsatz: Eine Verknappung des Angebotes lässt den Preis steigen. Diese Belastungen haben den deutschen Strompreis auf ein Niveau steigen lassen, welches die Existenz vieler Branchen sowie den Industriestandort Deutschland gefährdet. Jetzt ruft es die Schönredner auf den Plan, die sinkende Strompreise sehen. Argument: Es wird Unmengen an Strom aus erneuerbaren Energien geben. Sie geben aber keine Antwort darauf, welche Projekte, die mit Wind und Sonne zu tun haben, sich realisieren lassen. Bis ein klimagerechtes System aufgestellt ist, wird es Jahrzehnte dauern und Milliarden kosten.

Minister Robert Habeck (Grüne) will einen Teil der Industrie retten und den Industriestrompreis übergangsmäßig vergünstigen. Als Empfänger denkt er an große Konzerne. Was aber ist mit den zehntausenden Mittelständlern, die ebenfalls im internationalen Wettbewerb stehen? „Traumtänzer“ der Ampel nennen 2030. Ab diesem Datum soll man sich im Schlaraffenland des preisgünstigen Stroms in Deutschland befinden. Das Beratungsunternehmen IW Consult hat in einer aktuellen Studie ausgesagt, dass in Deutschland bis 2045 weitaus höhere Preise für Strom und Wasserstoff verlangt werden, als in anderen Ländern. Das „Klimaspiel“ hat Deutschland überreizt und ist in einer Sackgasse gelandet. Die Kollateralschäden, die verursacht wurden, sind größer als der klimapolitische Nutzen.

Mit der Erstaufführung von Franz Lehárs „Schön ist die Welt“⁵ lag er seinerzeit und würde er auch heute daneben liegen. Aber außer Beziehungskrisen ist ja bekanntlich in der Operette alles eitel Sonnenschein. Zum Glück sind wir Deutschen auf heimischem Gebiet seit 1945 von Kriegen verschont geblieben. Aktuell gibt es Krisenherde auf jedem Kontinent.

Durch den 1. Weltkrieg wurde die **Globalisierung** abrupt beendet. Nach dem 2. Weltkrieg waren die Wohlstandsgewinne, die durch die Globalisierung entstanden sind, völlig zunichtegemacht. 1947 wurde das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) verabschiedet. Die 1995 gegründete Welthandelsorganisation (WTO) trieb den Zollabbau voran. Der weltweite Export boomte. Heute ist die Globalisierung ins Stocken geraten. Der internationale Warenaustausch gilt nicht mehr als Wohlstandsgenerator, sondern als Sicherheitsrisiko, als Quelle von Ungleichheit, Ausbeutung und Umweltzerstörung. Ralph Ossa (Chefökonom der WTO) resümierte: Wir müssen aufpassen, nicht das kaputtzumachen, was wir uns über Jahrzehnte aufgebaut haben. Spannungen zwischen den USA und China ziehen Zölle, Sanktionen und Handelshemmnisse nach sich, welche die globale Wirtschaft in zwei Blöcke spalten könnte. Deutschland, welches die Hälfte seiner Wirtschaftsleistung

⁴ Professor Hans-Werner Sinn (früherer ifo-Präsident)

⁵ Uraufführung am 3. Dezember 1930 am Metropol-Theater in Berlin

durch Export erwirtschaftet, würde empfindlich getroffen. Aufgrund der Alterung der Bevölkerung und der selbst aufgebauten strukturellen Probleme ist ohnehin Wachstumsarmut angesagt. Aber was stört es die Bundesregierung, in der offensichtlich einige den Intelligenzquotienten einer Stubenfliege haben. Sie sollten wissen, dass Arbeitsteilung und freier Handel Wohlstand schaffen. Wenn ihnen das fremd ist, sollten sie Ökonomen fragen, die zur Freihandelstheorie referiert haben. Zu empfehlen ist David Ricardo, der am 18.04.1772 als drittes von 17 Kindern geboren wurde. Er entwickelte die Theorie der komparativen Vorteile, die bis heute das intellektuelle Fundament für freien Handel und Arbeitsteilung bilden. Im Augenblick gefährden Sanktionen, Importverbote, Zölle oder andere Handelshemmnisse den Wohlstand der Zukunft. Die Ampel setzt z.B. mit dem Lieferkettengesetz, was durch die EU noch verschärft wurde, die internationale Arbeitsteilung aufs Spiel! Deutschland sowie die EU blockieren den freien Handel. Ricardo würde sich, wenn er heute noch leben würde, bei so viel Unvernunft die Haare raufen.

Das „Derisking“ ist beim **Umgang mit chinesischen Handelspartnern** die Parole; ausgegeben wurde sie von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für alle EU-Länder. Die Ampel, an der Spitze die Außenministerin Annalena Baerbock, redet ihr nach dem Mund und bläst lautstark die gleiche Melodie. Sie sollte wissen, dass die meisten EU-Länder überhaupt keine Möglichkeit haben, den Plan B aufzulegen, um sich von China abzukoppeln. Besonders die deutsche Wirtschaft ist von allen europäischen Ländern am meisten mit China gekoppelt, besonders bei Rohstofflieferungen. Deutsche Unternehmen sind die größten ausländischen Investoren in China. Während des G7-Gipfels im Mai sprach man bereits darüber und die EU erstellte jüngst eine Liste mit sicherheitsrelevanten Technologien beim Umgang mit chinesischen Geschäftspartnern. Danach sieht man es in Brüssel als eine akute Gefahr für Europas Wirtschaftssicherheit bei Künstlicher Intelligenz, Halbleitertechnik, Quantencomputern und Biotechnologie. Bis zum Jahresende will man formulieren, wie Europa seine Strategie der Unabhängigkeit gegenüber China stärkt, um den Handelspartner zu schwächen. Die oben genannten 4 Branchen sollen auf 10 erweitert werden. Ursula von der Leyen betont permanent, dass man sich nicht von China lösen will, sondern nur Risiken mindern möchte. Ihr wird es nicht gelingen, alle europäischen Länder für diese Politik zu gewinnen. Dass China darauf eine Antwort hat, versteht sich von selbst.

Kürzlich stellte die EU-Kommission in einer Veröffentlichung vor, wie die EU-Bürger / -Unternehmen durch neue EU-Gesetze entlastet werden, nämlich um 7,3 Mrd. €. Das ist ein Grund, sich selbst zu feiern, weil man die „**One in, one out**“-Regel⁶ übererfüllt hat. Angeblich entstanden nur neue Kosten durch den „Green Deal“ (Klimagesetzgebung) von 2 Mrd. €. Durch das neue digitale Mehrwertsteuer-System sollen Unternehmen 4,7 Mrd. € einsparen. Mit Null sind folgende EU-Bürokratiekosten angesetzt: Berichtspflichten von Unternehmen zum Lieferkettengesetz, Ökodesign-Verordnung oder das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur. Angeblich sagte Churchill⁷: „Ich glaube nur der Statistik, die ich selbst gefälscht habe.“ Daran erinnerte sich wahrscheinlich der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber, als er diese Zahlen für nicht glaubwürdig hielt. Darüber hinaus sind es nur Schätzungen. Ungenannte Kosten (z.B. „Anpassungskosten“), wenn Unternehmen ihr Geschäftsmodell oder ihre Maschinen auf ein

⁶ Bürokratie-Kostenbremse der EU. Die durch ein neues Gesetz entstehenden Verwaltungskosten müssen an anderer Stelle ausgeglichen werden.

⁷ Wahrscheinlich ist das nicht von Churchill, sondern hat seine Wurzeln im deutschen Reichspropagandaministerium 1940/41.

verändertes Regelwerk umstellen müssen, machen die Statistik zu einem Papier, welches wertlos ist.

Eine Zahl zum Bürokratieaufbau in Deutschland: Der FDP-Bundestagsabgeordnete Markus Herbrand rechnete vor, dass seit 2021 alleine das Bundeswirtschaftsministerium 44 Mrd. € verursachte.

Nach einem längeren Streit zwischen Berlin und Brüssel glaubte Verkehrsminister Volker Wissing (FDP), dass Verbrenner, die mit **E-Fuels** betankt werden, nach 2035 eine Zulassung bekommen. Die EU-Erneuerbare-Energien-Richtlinie besagt, dass E-Fuels eine CO₂-Ersparnis von mindestens 70% gegenüber fossilen Kraftstoffen erbringen müssen. Soeben besagt ein Entwurf der EU für Genehmigungsvorschriften, dass der Ausstoß bei 100% liegen muss. Deutsche Hersteller von E-Fuels haben bereits darauf hingewiesen, dass dieser Wert über die gesamte Lieferkette nicht möglich ist. E-Fuels sind synthetische Kraftstoffe, die zum Betrieb eines Verbrennungsmotors benutzt werden können. Mithilfe von Strom aus Wasser und CO₂ werden diese hergestellt. „Power-to-X“ (Power = Strom, X = Benzin, Diesel oder Kerosin). Ohne Probleme könnten sie bei den heutigen Motoren als Kraftstoff verwendet werden, aber es gibt E-Fuels bisher nur aus kleinen Pilotanlagen für Forschung und Entwicklung. Herkömmlicher Kraftstoff erzeugt ebenso viel umweltschädliche Abgase wie E-Fuels. Wenn jedoch der Strom zur Herstellung vollständig aus erneuerbaren Quellen stammt und zudem das notwendige CO₂ aus der Atmosphäre, wäre die Nutzung klimaneutral. Momentan ist das aber noch nicht möglich. Insbesondere setzt Porsche auf E-Fuels. Deshalb hat man sich mit Siemens an einem chilenischen Unternehmen beteiligt, welches synthetische Kraftstoffe herstellt. Hier muss ein deutscher Minister nach der Pfeife der EU tanzen und erfährt hautnah, was es heißt, den Anweisungen „von Leyen“ (Wortspiel = von Laien) zu folgen.

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Die schwachen Konjunkturzahlen in Deutschland haben dazu geführt, dass die Rohstoffpreise der Legierungselemente für Edelstahl-Rostfrei auf Talfahrt gingen. Noch immer ist die Nachfrage nach **Ferronickel** schwach, aber die Nahost-Krise könnte eine Preissteigerung bewirken. Soweit ist es aber noch nicht und weil die Minenbetreiber die Produktion zu spät gedrosselt haben, hat sich ein Lagerbestand bei der LME aufgebaut, der aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich ist. Der Krieg in der Ukraine sowie die Nahost-Krise in Israel kann kurzfristig einen Preistrend nach oben auslösen. Bei **Molybdän** ist es ähnlich wie beim Nickel, allerdings fiel der Preis nicht so krass. Er könnte noch leicht fallen, aber der Aufwärtstrend gilt als sicher.

Der quartalsweise festgelegte Preis für **Chrom** blieb zum 4. Quartal 2023 in Relation zum 3. Quartal unverändert. Es wird erwartet, dass China seinen Bedarf an Ferrochrom steigert, was zu einer Preiserhöhung führen wird.

Fazit: Keine wesentlichen Rohstoff-Preisschwankungen in diesem Jahr. Wir warten auf Preiserhöhungen zum Frühjahr 2024.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
01.02.2023	1.0857	30.060	30.350	49.086	2.760
01.03.2023	1.0613	25.025	25.225	44.094	2.342
03.04.2023	1.0839	23.560	23.890	43.058	2.166
02.05.2023	1.1003	24.235	24.295	40.016	2.210
01.06.2023	1.0661	20.850	20.950	37.686	1.948
03.07.2023	1.0909	20.160	20.450	38.508	1.850
01.08.2023	1.1026	22.355	22.700	37.512	2.037
01.09.2023	1.0849	20.475	20.700	37.170	1.890
02.10.2023	1.0573	18.510	18.875	42.204	1.758
23.10.2023	1.0594	18.135	18.375	44.862	1.711

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2022
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	02/22	1.067	06/22	1.358	984	994	1.000	1.044	1.055	1.044	1.056	974	930	973	998	
4301	01/22	2.450	05/22	3.844	2.918	2.989	2.903	2.645	2.526	2.506	2.382	2.209	2.191	2.200	2.144	
4404	01/22	3.690	05/22	5.559	4.673	5.083	5.472	5.040	4.207	4.052	3.881	3.660	3.721	3.756	3.612	
4509	01/22	1.280	06/22	1.566	1.189	1.199	1.205	1.263	1.289	1.286	1.297	1.212	1.168	1.211	1.246	
4521	09/22	1.944	06/22	2.343	2.150	2.449	2.916	2.904	2.315	2.190	2.200	2.099	2.119	2.191	2.166	
4539	01/22	6.590	05/22	10.243	8.729	9.546	10.313	9.370	7.681	7.380	7.013	6.634	6.800	6.835	6.515	
4571	01/22	3.750	05/22	5.696	4.754	5.164	5.550	5.109	4.270	4.113	3.937	3.709	3.770	3.803	3.657	

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	02/22	1.280	06/22	1.630	1.181	1.193	1.200	1.253	1.266	1.253	1.267	1.169	1.116	1.168	1.198	
4301	01/22	2.940	05/22	4.614	3.502	3.587	3.484	3.174	3.031	3.007	2.858	2.651	2.629	2.640	2.573	
4310	01/22	2.770	05/22	4.295	3.251	3.328	3.235	2.964	2.826	2.815	2.683	2.488	2.461	2.476	2.418	
4404	01/22	4.430	05/22	6.671	5.608	6.100	6.566	6.048	5.048	4.862	4.657	4.392	4.465	4.507	4.334	

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	07/22	380	04/22	800	430	430	430	425	440	420	420	435	435	420		
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	07/22	1.050	04/22	2.450	1.500	1.510	1.450	1.400	1.310	1.120	1.200	1.260	1.350	1.330		
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	07/22	1.570	04/22	3.300	2.500	2.680	2.650	2.450	2.220	2.150	2.080	2.250	2.400	2.330		

*) Markenname Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team